

Peters, Hans-Rudolf

Article — Digitized Version

Strukturdiagnosen und -prognosen als wirtschaftspolitische Entscheidungshilfen

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Peters, Hans-Rudolf (1981) : Strukturdiagnosen und -prognosen als wirtschaftspolitische Entscheidungshilfen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 61, Iss. 1, pp. 34-40

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135520>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Strukturdiagnosen und -prognosen als wirtschaftspolitische Entscheidungshilfen

Hans-Rudolf Peters, Oldenburg

Nach langjährigen Vorarbeiten steht in Kürze die Entscheidung über die endgültige Ausgestaltung einer Strukturberichterstattung an. Diese erfordert ein nochmaliges sorgfältiges Abwägen des ordnungspolitischen Für und Wider, eventueller schädlicher oder positiver Neben- und Fernwirkungen, des kostenmäßigen Aufwands und informativen Nutzens sowie vor allem der analytischen Möglichkeiten und Grenzen von Strukturanalysen. Prof. Peters nimmt zu diesen Problemen Stellung.

Die größere Regierungspartei in der Bundesrepublik Deutschland hat in ihrem ökonomisch-politischen Orientierungsrahmen '85, der auf dem Mannheimer Parteitag der SPD 1975 beschlossen worden ist, „eine vorausschauende und mit Maßnahmen der Investitionslenkung verbundene Strukturpolitik“¹ gefordert. Um die für eine vorausschauende Strukturpolitik notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, soll die Planungsfähigkeit des Staates vor allem durch einen systematischen Ausbau des Instrumentariums zur wirtschaftlichen Diagnose und Prognose verbessert werden. Es wird erhofft, daß „mit Hilfe besserer und stark differenzierter Prognosen der mittel- und langfristigen Entwicklung das schon bestehende Instrumentarium erfolgreicher eingesetzt und Voraussetzungen für den sinnvollen Einsatz neuer Instrumente geschaffen (werden)“².

Die kleinere Regierungspartei, die den primär für die Wirtschafts- und Strukturpolitik verantwortlichen Bundeswirtschaftsminister stellt, betrachtete von Anfang an das prognostisch-planerische Vorhaben ihres Koalitionspartners recht skeptisch. Letztlich erteilte sie allen Illusionen der SPD-Basis hinsichtlich einer staatlichen Strukturplanung und einer direkten administrativen Investitionslenkung eine klare Absage. So soll gemäß den Kieler Thesen zu Wirtschaft im so-

zialen Rechtsstaat, die 1977 auf dem Bundesparteitag der F. D. P. angenommen worden sind, der strukturelle Wandel grundsätzlich über den Markt gesteuert werden und eine direkte staatliche Investitionslenkung unterbleiben. Eine überbetriebliche Investitionslenkung schaffe unabsehbare Risiken. Der Staat solle durch eine aktive Strukturpolitik vor allem die Mobilität der Produktionsfaktoren erhöhen und die strukturelle Anpassungsfähigkeit der Wirtschaftssubjekte in den Branchen und Regionen stärken. Zudem fordere liberale Wirtschaftspolitik eine unabhängige, laufende Strukturbeobachtung und -analyse. Diese solle auch als Basis der Erfolgskontrolle strukturpolitischer Maßnahmen dienen, wobei auch die Subventionen an die Wirtschaft regelmäßig zu überprüfen seien³.

Die konzeptionellen Ansätze der Strukturpolitik, die sich sowohl in der Zielrichtung als auch im Instrumentarium widerspiegeln und damit auch für den Aufbau einer Strukturberichterstattung bestimmend sind, weisen also in den Parteiprogrammen der Koalitionsparteien beträchtliche Divergenzen auf. Allerdings fanden die Koalitionspartner auf Regierungsebene eine strukturpolitische Leitregel, die sowohl liberalen Grundsätzen marktwirtschaftlicher Struktursteuerung als auch praktikablen Ansätzen staatlich induzierter Sammlung von Strukturdaten zu genügen scheint. So hieß es in der Regierungserklärung von 1976: „Die Steuerung der Wirtschaftsstruktur über die Marktkräfte und die staatlichen Rahmenbedingungen wird durch eine zu-

Prof. Dr. Hans-Rudolf Peters, 48, ist Ordinarius für Volkswirtschaftslehre (Wirtschaftspolitik) an der Universität Oldenburg. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören vor allem die Strukturpolitik und Wirtschaftsordnungspolitik sowie Theorie und Vergleich von Wirtschaftssystemen.

¹ SPD-Dokumente: Ökonomisch-politischer Orientierungsrahmen für die Jahre 1975-1985, Bonn, Nov. 1975, S. 49.

² Ebenda, S. 45.

³ Vgl. F. D. P.: Kieler Thesen zu Wirtschaft im sozialen Rechtsstaat, Bonn, S. 32 f.

kunftsorientierte, vorausschauende Politik unterstützt werden. Damit sollen der strukturelle Anpassungsprozeß gefördert und soziale Härten, die er mit sich bringt, gemildert werden.“ Zugleich wurde in der Erklärung, die den Rahmen für die Regierungspolitik bis 1980 absteckte, angekündigt: „Für eine besser koordinierte Industriepolitik wird eine sektorale Strukturberichterstattung entwickelt. Sie soll die wichtigsten Industriesektoren umfassen und mit der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung verzahnt sein.“ Ferner wurde ausgeführt, daß die Bundesregierung wissenschaftliche Forschungsinstitute mit der Aufstellung regelmäßiger Branchenanalysen für die Strukturberichterstattung beauftragen werde. Die Branchenanalysen sollten außerdem den Instituten zur eigenverantwortlichen Aufstellung von Branchenprognosen in besonders sensiblen Bereichen dienen⁴. Da die Regierungserklärung von 1980 keine neuerlichen Hinweise auf die Ausgestaltung der geplanten Strukturberichterstattung enthält, darf angenommen werden, daß die diesbezüglichen Ausführungen der Regierungserklärung von 1976 weiterhin richtungsweisend sind.

Strukturberichterstattung

Welche Schritte hat die Bundesregierung bisher zum Aufbau einer Strukturberichterstattung unternommen? Zunächst bat das Bundeswirtschaftsministerium fünf wirtschaftswissenschaftliche Forschungsinstitute um Vorstudien über die Möglichkeiten und Grenzen einer Strukturberichterstattung. Es folgte sodann 1978 eine Auftragserteilung an dieselben Wirtschaftsforschungsinstitute, eine Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft zu erstellen. Dabei sollten vor allem die Ursachen und die Intensität des Strukturwandels, eventuelle strukturelle Anpassungshemmnisse und die wirtschaftspolitischen Implikationen sichtbar gemacht werden.

Die Zwischenberichte des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin, des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung-Hamburg, des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, München, des Instituts für Weltwirtschaft, Kiel, und des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Essen, analysierten den ökonomischen Strukturwandel auf Teilgebieten, setzten sich teilweise mit der Drei-Sektoren-Entwicklungshypothese auseinander, befaßten sich mit dem Tempo des Strukturwandels und forschten nach den Ursachen bestimmter Struktur Anpassungsprobleme. Dabei wurden auch wesentliche Hindernisse einer ef-

fektiven Strukturberichterstattung, die vor allem infolge mangelhafter Datenlage und ungelöster methodischer Analyseprobleme bestehen, sichtbar gemacht. Die Ergebnisse der Ende 1980 fällig gewordenen Endberichte der Institute sind noch nicht bekannt. Sie werden sicherlich die Analysen der Zwischenberichte ergänzen und eventuell die Plausibilität dieser oder jener Hypothese stützen oder noch zweifelhafter machen, aber wohl kaum spektakuläre neue Erkenntnisse bringen. Zudem werden die Institute als potentielle Auftragnehmer einer fortlaufenden Strukturberichterstattung wohl kaum den Nutzen von Strukturanalysen radikal in Frage stellen.

Nach Abschluß der umfangreichen Vorarbeiten wird die Bundesregierung also in Kürze gehalten sein, das endgültige Konzept der beabsichtigten Strukturberichterstattung zu konkretisieren und in die Tat umzusetzen. Sicherlich wird sich die Bundesregierung bei der Institutionalisierung und materiellen Ausgestaltung der Strukturberichterstattung innerhalb des von ihr selbst gesetzten Rahmens bewegen.

Erwartungen der Regierung

Im Jahreswirtschaftsbericht 1978 hat die Bundesregierung die wesentlichen Ziele der geplanten Strukturberichterstattung folgendermaßen beschrieben:⁵

- a) „Der Zusammenhang zwischen struktureller und gesamtwirtschaftlicher Entwicklung soll aufgeheilt werden, um vorhandene strukturelle Entwicklungslinien transparenter zu machen und insbesondere Beziehungen zwischen Expansions- und Schrumpfungsvorgängen aufzuzeigen.
- b) Die Implikationen der globalen Wirtschaftspolitik einschließlich der gesamtwirtschaftlichen Rahmengestaltung auf die Strukturen der Wirtschaft sollen verdeutlicht werden.
- c) Es sollen Informationen erarbeitet werden, um die vorhandenen strukturpolitischen Aktivitäten in ihrer gesamtwirtschaftlichen Wirkung besser einschätzen zu können.
- d) Die Informationsmöglichkeiten der Wirtschaft sollen verbreitert werden.“

Die Bundesregierung erwartet, daß „durch bessere Erkenntnisse über gesamtwirtschaftlich relevante Strukturverschiebungen . . . die Voraussetzungen für eine Verringerung der Friktionen beim Strukturwandel verbessert und die Effizienz des Marktmechanismus gefördert werden“. Daraus folgert sie, daß „die Struk-

⁴ Vgl. Regierungspolitik 1977-80. Erläuterungen zur Regierungserklärung vom 16. Dezember 1976, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn, S. 31.

⁵ Jahreswirtschaftsbericht 1978 der Bundesregierung. Drucksache des Deutschen Bundestags 8/1471 vom 26. 1. 1978, S. 17 f.

turberichterstattung der Stärkung der marktwirtschaftlichen Ordnung (dient)“.

Gemäß Jahreswirtschaftsbericht 1978 geht die Bundesregierung bei der Auftragserteilung zur Strukturberichterstattung von folgenden Grundsätzen aus:⁶

- a) „Die Strukturberichte haben Ex-post-Strukturanalysen zum Gegenstand.
- b) Bevor über mögliche Ergänzungen der statistischen Datenbasis zu entscheiden ist, sind die Aufbereitungsmöglichkeiten der vorhandenen Statistiken zu nutzen und erste Erfahrungen bei der Strukturanalyse abzuwarten.
- c) Die Strukturberichte sollen von den einzelnen Instituten gesondert erstellt werden, um den angesichts der Komplexität des Vorhabens notwendigen Methoden- und Interpretationswettbewerb zwischen den Instituten zu gewährleisten. Eine Gemeinschaftsdiagnose, wie im Konjunkturbereich, ist nicht vorgesehen.
- d) Die Strukturanalyse soll im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung erfolgen. Isolierte Analysen einzelner Sektoren sollen nicht Bestandteil der Berichterstattung werden.“

Damit ist der Rahmen für eine künftige Strukturberichterstattung abgesteckt. Die bereits in wesentlichen Elementen erfolgte Konkretisierung des Aufbaus der Strukturberichterstattung läßt eine Prüfung der Ordnungs- und Zielkonformität zu.

Ordnungs- und Zielkonformität

Bei der Ordnungskonformität wirtschafts- und strukturpolitischer Zielsetzungen und Instrumente wird geprüft, ob und inwieweit diese mit dem geltenden ordnungspolitischen Leitbild kompatibel sind. Eine marktwirtschaftliche Ordnung ist dadurch charakterisiert, daß in der Volkswirtschaft dezentrale Verfügungsgewalt über Produktionsmittel vorherrscht und die Pläne und Handlungen der einzelnen Wirtschaftssubjekte (Haushaltungen und Unternehmungen) vorrangig über den Markt und Wettbewerb koordiniert werden. Zu beachten ist, daß bei einem marktwirtschaftlich orientierten System die Ordnungskonformität wirtschafts- und strukturpolitischer Zielsetzungen und Maßnahmen nicht ausschließlich an dem fiktiven System einer reinen bzw. vollkommenen Marktwirtschaft gemessen werden darf. Ordnungskonformität erschöpft sich nicht in dem engeren Begriff der Marktkonformität. Zwar ist auch für eine Wirtschaftsordnung dominant dezentra-

ler einzelwirtschaftlicher Planung des Wirtschaftsprozesses das marktwirtschaftliche Lenkungssystem konstitutiv, aber es gibt noch andere wesentliche Ordnungsdeterminanten infrastruktureller, sozialer und verteilungspolitischer Art, die den Marktmechanismus erst funktionsfähig machen, ergänzen oder korrigieren.

Ordnungskonform in einer marktwirtschaftlich orientierten Ordnung ist eine Strukturberichterstattung, die darauf abzielt und effektiv dazu beiträgt, daß die autonomen Wirtschaftssubjekte marktgerechte Entscheidungen (unter Beachtung von Umweltschutzerfordernissen) treffen, die marktwirtschaftliche Steuerung funktionsfähiger und/oder die systemstabilisierende bzw. systemverbessernde Wirtschaftspolitik effektiver wird.

Erklärermaßen dient die Strukturberichterstattung nicht einer volkswirtschaftlich indikativen Planung, die erfahrungsgemäß (französische Planification!) das marktwirtschaftliche Steuerungssystem de facto schwächt. In der beabsichtigten Form wäre sie dazu auch gar nicht fähig. Ein ordnungspolitisches Mißtrauen läßt sich deshalb nur auf die Vermutung stützen, daß die Strukturberichterstattung dennoch später – etwa bei politischer Durchsetzung der wiederaufgelebten sozialistischen Planillusionen in Teilen der SPD-Basis – zum Fundament einer sektoralen Programmierung werden könnte. Allerdings kann die Praxis der Strukturberichterstattung auch dazu beitragen, die Problematik von Strukturanalysen deutlicher in das allgemeine Bewußtsein zu heben. Letztlich kann die Erkenntnis, daß beim Ausbau der Strukturberichterstattung zu einer indikativen Wirtschaftsplanung enorme Probleme zu lösen wären⁷, eher abschreckend wirken.

Eine Strukturberichterstattung kann systemverbessernd wirken, wenn sie durch mehr und treffendere Informationen über den Strukturwandel frühzeitig eventuelle Strukturprobleme aufdeckt und damit rechtzeitig ein problemorientiertes Handeln der Strukturpolitik ermöglicht. Auch für die Konjunkturpolitik können verbesserte Informationsgrundlagen über Umfang und Tempo des ökonomischen Strukturwandels nützlich sein. Werden beispielsweise die Verzahnungen der strukturellen Wirtschaftsentwicklung und ihre Auswirkungen auf die Konjunkturentwicklung besser ausgeleuchtet, so werden auch die Möglichkeiten und Grenzen einer antizyklischen Globalsteuerung deutlicher.

Entscheidend ist jedoch, ob eine Strukturberichterstattung überhaupt in der Lage ist, die erhofften Ver-

⁷ Vgl. Hans-Rudolf Peters: Die Problematik indikativer Wirtschaftsplanung, in: Das Wirtschaftsstudium, Nr. 4/1980, S. 183 ff.

⁶ Ebenda, S. 18.

besserungen der Informationsgrundlagen zu bringen. Es muß also geprüft werden, ob und inwieweit das vorgesehene Instrumentarium zielkonform und leistungsfähig ist. Beim gegenwärtigen Stand der Strukturforschung, dessen Niveau insbesondere durch mangelnde statistische Strukturdaten und vielfältige methodische Analyseprobleme begrenzt ist, lassen sich die hochgesteckten Ziele der geplanten Strukturberichterstattung voraussichtlich (noch) nicht erreichen. Dieses ist jedoch kein Grund, mögliche Verbesserungen der Informationsgrundlagen auf strukturellen Teilgebieten nicht auszuschöpfen.

Der zusätzliche finanzielle Aufwand, der für den Staat bei Beauftragung der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute mit der permanenten Strukturberichterstattung anfällt, dürfte relativ gering sein. Dagegen können die Kosten einer Verbreiterung der statistischen Datenbasis – insbesondere ein zusätzlicher statistischer Erhebungsaufwand bei den Unternehmungen – beträchtlich sein. Eine Kosten-Nutzen-Analyse der Strukturberichterstattung ist erwünscht, jedoch dürfte ihre Realisierung schon allein wegen der immensen Probleme der Nutzenbewertung illusorisch bleiben.

Strukturdiagnosen

Bei Strukturdiagnosen muß bedacht werden, daß die Zusammenhänge des strukturellen Wandels kaum bei isolierten Sektoranalysen, sondern in der Regel nur bei bereichsübergreifenden Relevanzanalysen und letztlich sogar nur bei konsistenten Totalanalysen sichtbar werden. Andererseits ist es fraglich, ob für einen Input in den wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozeß stets Strukturdiagnosen über die ganze Breite der Volkswirtschaft erforderlich und nützlich sind. Steht beispielsweise für die Strukturpolitik die Entscheidung an, die Wettbewerbskraft der mittelständischen Unternehmen eines Wirtschaftszweiges zu stärken, so genügt eventuell schon eine intrasektorale Strukturdiagnose, die wesentliche Wettbewerbsnachteile der kleinen und mittleren Unternehmungen gegenüber den Großunternehmen der Branche deutlich macht. In den meisten Anwendungsfällen der sektoralen und regionalen Strukturpolitik dürfte es ausreichen, wenn jeweils die für die betreffenden Wirtschaftszweige oder Regionen relevanten Bezugs- und Lieferverflechtungen in die Strukturanalyse einbezogen werden.

Für konkrete strukturpolitische Entscheidungen dürften nur in seltenen Fällen gesamtwirtschaftliche Strukturbilder notwendig und zweckmäßig sein. Werden sie aufgestellt, hängt ihr Aussagewert vor allem

von der Tiefengliederung ab. Bei einer Gliederungstiefe von nur 60 Bereichen der Gesamtwirtschaft und etwa 40 Bereichen des warenproduzierenden Gewerbes – wie anfangs für die Strukturberichterstattung vorgesehen – besteht die Gefahr, daß der intrasektorale Strukturwandel weitgehend verdeckt bleibt. Dagegen sind Sektorbildungen in Größenordnungen von mehreren hundert Bereichen kaum noch strukturanalytisch zu bewältigen. Sollen Strukturdiagnosen für strukturpolitische Entscheidungen nützlich sein, müssen also die jeweils für den konkreten Entscheidungsfall relevanten Sektoren ausfindig gemacht und ihre Verflechtungen, z. B. in Input-Output-Tabellen und Analysen, sichtbar gemacht werden.

Gründe für Strukturprognosen

Nach den Vorstellungen der Bundesregierung soll sich die Strukturberichterstattung auf Ex-post-Strukturanalysen beschränken. Falls Strukturprognosen erstellt werden, soll dieses in der Regel auf Eigeninitiative und in eigener Verantwortung der Institute geschehen. Allerdings dürfte diese regierungsseitige Ankündigung mehr der Vermeidung einer ordnungspolitischen Zündstoffanhäufung dienen als dem tatsächlichen Bedarf an Strukturprognosen für wirtschafts- und strukturpolitische Entscheidungen gerecht werden. In der Tat erwartet der Staat von der Strukturberichterstattung neben ständigen Informationen über die ökonomische Struktur und die Wirkungen strukturpolitischer Maßnahmen der Vergangenheit und Gegenwart auch Hinweise auf künftige Entwicklungstrends und den Bedarf an strukturpolitischen Aktivitäten der Zukunft. In der Regel drängt eine Strukturdiagnose schon aus Therapiegründen zur Strukturprognose. Es erscheint wenig sinnvoll, anhand einer Strukturdiagnose die gegenwärtige Branchenstruktur und eventuell damit verbundene Strukturanpassungsprobleme aufzuzeigen, sich aber keinerlei Gedanken über künftige Entwicklungstrends, eine etwaige Zu- oder Abnahme der Strukturprobleme sowie mögliche Ansatzpunkte für Problemlösungen zu machen.

Fast jede wirtschafts- und strukturpolitische Maßnahme ist in die Zukunft gerichtet. In der Regel versuchen die politisch-staatlichen Instanzen, das künftige ökonomische Geschehen bzw. das zukunftsgerichtete Verhalten von Wirtschaftssubjekten in dieser oder jener Richtung und Weise zu beeinflussen. Auch eine marktconforme Strukturanpassungspolitik, die grundsätzlich den Strukturwandel über den Markt zum Tragen kommen läßt und sich im wesentlichen auf eine Stärkung der Anpassungsfähigkeit an den marktbedingten Strukturwandel konzentriert, bedarf zukunfts-

orientierter Strukturinformationen. Rationale Strukturpolitik erfordert Kenntnisse über den Strukturwandel und Vorstellungen über die voraussichtliche künftige Entwicklung der volkswirtschaftlichen, sektoralen und regionalen Wirtschaftsstruktur, um eventuelle mit dem Strukturwandel einhergehende ökonomische und soziale Strukturprobleme möglichst frühzeitig zu erkennen und gegebenenfalls strukturelle Anpassungshemmnisse zu beseitigen sowie die Anpassungsfähigkeit der Wirtschaftssubjekte zu stärken.

Strukturhilfen werden wenig effizient sein, wenn die Strukturpolitik ihre Entscheidungen über den Umfang und die Dauer der Subventionen nicht auf erkennbare Entwicklungstrends in den subventionierten Branchen und Regionen abstützt. Zudem weist fast jede Ex-post-Analyse über die Wirkungen von gewährten Strukturhilfen in ihrem Resultat auch Anhaltspunkte für die künftige Dosierung bzw. über den Abbau oder die Ausdehnung von Subventionen auf. Außer derartigen Hinweisen muß der Staat bei der Ausgestaltung künftiger strukturpolitischer Maßnahmen auch die wahrscheinliche oder mögliche Strukturentwicklung berücksichtigen. So ist unter dem Aspekt der Versorgungssicherheit eine Energiepolitik ohne Energieprognosen kaum mehr möglich.

Kein Anlaß für staatlichen Prognose-Service

Es gibt also mancherlei Gründe, daß der Staat als Entscheidungshilfen entweder Prognosen selbst erstellt oder in Auftrag gibt. Dagegen besteht kaum ein triftiger Anlaß, administrative oder staatlich induzierte Prognosen über die Entwicklung von Wirtschaftszweigen oder Märkten quasi als Service-Leistungen für die privaten Unternehmen anzubieten. Die Meinung, daß der Staat oder von ihm beauftragte Institutionen eine bessere und weitreichendere Voraussicht über die künftige ökonomische Entwicklung als Privatunternehmen haben, hat sich oft als Irrglaube erwiesen. Umgekehrt trifft es auch nicht zu, daß schon allein die größere Praxis- und Marktnähe den Unternehmungen zu besseren, d. h. jeweils treffenden Prognosen über das

künftige Wirtschaftsgeschehen verhilft. Zwecks Erstellung von Branchenprognosen bedienen sich häufig sowohl staatliche Instanzen als auch Unternehmensverbände im Auftragswege der gleichen prognostischen Institutionen, in denen die gleichen Prognostiker bei gleichen oder ähnlichen Untersuchungszielen die gleichen Prognosemethoden anwenden. Staatlich induzierte oder von privaten Interessenorganisationen in Auftrag gegebene Prognosen haben also oft die gleichen Chancen bzw. Risiken hinsichtlich ihrer Treffsicherheit.

Gegen einen staatlichen Prognose-Service für private Wirtschaftssubjekte sprechen auch die durchweg schlechten Erfahrungen auf ökonomischen Teilgebieten und in anderen Volkswirtschaften. Erfahrungsgemäß werden nämlich durch administrative oder staatlich induzierte Strukturprognosen, deren Aussagegewert infolge ihres relativ hohen Aggregats- und Abstraktionsgrades für das einzelne Wirtschaftssubjekt meist gering ist, die Entscheidungen der autonomen Wirtschaftssubjekte hinsichtlich ihrer Investitions-, Produktions- und Absatzplanungen kaum ökonomisch rationaler. Dies zeigt sich daran, daß die Quote der Fehlplanungen in jenen Bereichen oder Volkswirtschaften keineswegs geringer ist. Im Gegenteil, manchmal führt sogar ein gleichförmiges Verhalten von Unternehmungen, das sich an (später offenbar werdenden) Fehlprognosen ausgerichtet hat, zu Fehlplanungen in noch stärkerem Maße. Nicht zuletzt deshalb haben sich bisher alle Versuche, Strukturprognosen als Basis von Strukturprojektionen für eine sektorale Programmierung zu verwenden und diese im Rahmen einer indikativen Wirtschaftsplanung als Orientierungsmittel für die autonomen Wirtschaftssubjekte und als strukturpolitisches Lenkungsinstrument einzusetzen, als Fehlschlag erwiesen.

Strukturprognosen werden möglich, wenn angenommen werden kann, daß unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen die Wirtschaftssubjekte wie in der Vergangenheit handeln bzw. reagieren werden und sich bei bestimmten Konstellationen der strukturellen

KONJUNKTUR VON MORGEN

Der vierzehntäglich erscheinende Kurzbericht des HWWA - Institut für Wirtschaftsforschung - Hamburg über die Binnen- und Weltkonjunktur und die Rohstoffmärkte

ISSN 0023-3439

V E R L A G W E L T A R C H I V G M B H - H A M B U R G

Entwicklungsfaktoren ein bestimmtes Strukturergebnis mit empirisch hohem Wahrscheinlichkeitsgrad einstellen wird. Da erfahrungsgemäß das ökonomische Verhalten der Wirtschaftssubjekte gewisse Regelmäßigkeiten aufweist, können meist plausible Verhaltenshypothesen formuliert werden. Auch lassen typische Konstellationen struktureller Entwicklungskomponenten oft Rückschlüsse auf die wahrscheinliche Struktur- bildung oder einen eventuellen Strukturwandel in bestimmter Richtung zu. Dennoch sind treffsichere Prognosen, welche die künftige Entwicklung genau voraussagen, in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften selten.

Prognoseprobleme

Ein wesentlicher Grund liegt darin, daß stets unvorhersehbare Ereignisse (wie z. B. Mißernten, Streiks, revolutionäre Erfindungen, Wechselkursänderungen) die Prognoseergebnisse und das spätere Wirtschaftsgeschehen bzw. die tatsächliche Strukturbildung auseinanderdriften lassen können. Der Prognostiker versucht deshalb, sein Renommee durch Aufstellung bedingter Prognosen zu wahren. Im Gegensatz zu Pro- phezeiungen, die an keine Voraussetzungen geknüpft und ins Blaue hinein getroffen werden, basiert jede wissenschaftliche Prognose auf bestimmten Annahmen, die erfüllt sein müssen, damit das Prognoseer- gebnis eintritt. Die Bedingtheit von Prognosen offen- bart sich meist an der Ausklammerung bestimmter exo- gener Variablen. Werden beispielsweise bei einer Langfristprognose die Welthandelsstruktur sowie die Wirtschafts- und Strukturpolitik als konstant angenom- men, so wird das Prognoseergebnis kaum je mit der realen strukturellen Entwicklung der Volkswirtschaft oder bestimmter Branchen übereinstimmen. Auch kann die Vernachlässigung der nur schwer einschätz- baren Rückwirkungen von Strukturprognosen auf das Verhalten von Wirtschaftssubjekten dazu führen, daß die Voraussage die Wirklichkeit verfehlt, weil sich die Unternehmungen und Konsumenten von der Progno- se in einer bestimmten Weise merklich haben beein- flussen lassen. Aber selbst bei prognostischer Berück- sichtigung von Ankündigungs- und Reaktionseffekten zeigt sich manchmal später, daß die Strukturprognose wegen Unter- oder Überschätzung der Signalwirkung und/oder der Reaktionsgeschwindigkeit der Progno- severwerter die reale strukturelle Entwicklung nicht zu- treffend vorausgesehen hat.

Da Strukturprognosen von wissenschaftlichen For- schungsinstituten nicht die politisch zu treffende Ent- scheidung vorwegnehmen sollen, wird in der Regel die Analyse der strukturellen Lage und die Prognostizie-

rung der weiteren Entwicklung unter Ausklammerung eines möglichen strukturpolitischen Eingreifens des Staates bzw. unter der Annahme konstanter Wirt- schafts- und Strukturpolitik erfolgen. Somit bedingt al- so jede neuartige strukturpolitische Maßnahme, daß Strukturprognose und spätere reale Strukturentwick- lung auseinanderklaffen.

Was die Verleihung des Prädikats „richtig“ an Struk- turprognosen betrifft, so muß folgendes beachtet wer- den: Eine durch die strukturelle Entwicklung scheinbar als „richtig“ bestätigte Prognose kann – da auf fal- schen Annahmen basierend und rein zufällig durch Kompensationseffekte eingetroffen – dennoch falsch sein. Umgekehrt kann eine scheinbar „falsche“ Pro- gnose doch richtig sein, weil sich ihre ökonomischen Annahmen als richtig erwiesen haben und sich auch sehr wahrscheinlich die auf der Prämisse konstanter Wirtschaftspolitik basierenden Prognoseergebnisse eingestellt hätten, wenn die reale Strukturentwicklung nicht durch ein offensichtlich strukturpolitisches Quer- verhalten in eine andere Richtung gedrängt worden wäre. Deshalb treffen Einwände gegen wissenschaftli- che Strukturprognosen, die lediglich auf die häufig un- zutreffende Voraussage der späteren realen Struktur- entwicklung hinweisen, nicht den Kern der Sache. Zu- dem basiert jede ökonomische Strukturprognose auf einer Strukturdiagnose, die nur Teilwirklichkeiten ab- bildet. Da die komplexe Wirklichkeit kaum jemals in ei- nem analytischen Strukturbild weltweiten Ausmaßes erfaßt werden kann und unvorhersehbare Ereignisse die Strukturentwicklung beeinflussen können, ist die Wahrscheinlichkeit einer Übereinstimmung von vor- ausgesagter und späterer tatsächlicher Strukturent- wicklung von vornherein gering.

Im Gegensatz zu wissenschaftlichen Strukturpro- gnosen zielen interessendurchwobene Branchenpro- gnosen, die gelegentlich von Produzentenverbänden zwecks Erlangung von Strukturhilfen erstellt werden, bewußt auf eine Verzeichnung der voraussichtlichen Entwicklung ab. Solche Prognose-Konstruktionen, die vom methodischen Ansatz her Jammer-Prognosen und der Zielrichtung nach Subventionsschnorrer-Pro- gnosen sind, ziehen hauptsächlich negative Entwick- lungsvariable ein oder unterschätzen absichtlich even- tuelle positive Entwicklungsansätze. Dieses geschieht, um die Branchenentwicklung besonders düster er- scheinen zu lassen und staatliche Branchensubventio- nen zur Verhinderung angeblich drohender Beschäfti- gungseinbrüche lockerzumachen. Derartige Progno- sen, die bewußt eine unbefriedigende Lage einer Branche überzeichnen, können ungewollt auch als sektorale Krankmacher-Prognosen wirken. Sie kön-

nen nämlich dazu beitragen, daß die anfangs nur vorgetäuschte oder aufgebauschte in eine tatsächliche oder verstärkte Branchenstrukturkrise abgleitet.

Wert von Strukturanalysen

Wissenschaftliche Strukturprognosen können bei vorherrschendem Strukturwandel über Märkte in offenen Volkswirtschaften die grundsätzliche Unbestimmtheit des künftigen ökonomischen und technologischen Fortschritts und Umbruchs und damit die Unsicherheit über die künftige strukturelle Entwicklung nicht beseitigen. Strukturdiagnosen und -prognosen können weder den autonomen Wirtschaftssubjekten das Markt- und Berufsrisiko noch den wirtschaftspolitischen Instanzen das Treffen von zukunftsgerichteten Entscheidungen unter Unsicherheit abnehmen. Sie können aber das Feld der Risiken und Unsicherheiten bewußter, überschaubarer und besser einschätzbar machen. Ferner können Strukturanalysen bei konsistenten Elementen von Struktur-Szenarien relevante Interdependenzen struktureller und volkswirtschaftlicher Entwicklungen verdeutlichen sowie Ansätze für wirtschafts- und strukturpolitische Strategien finden helfen. Deshalb liegt der Wert von Prognosen auf wirtschafts- und strukturpoliti-

ischem Gebiet weniger in treffsicheren Voraussagen, die aus den geschilderten Gründen höchst selten sind, sondern vielmehr in der Bewußt- und Transparentmachung empirischer Zusammenhänge struktureller und globaler Größen sowie relevanter Entwicklungsvariablen.

Generell ist jedoch vor überspannten Erwartungen über den Nutzwert von Strukturanalysen für wirtschafts- und gesellschaftspolitische Entscheidungen zu warnen. Eingedenk der komplexen Problematik von Prognosen verbieten sich ausufernde Prognose-Aktivitäten und bedenkenlose Übernahmen von bedingten Prognoseergebnissen auch bei andersgearteten Situationen bzw. Entwicklungen von selbst. Voraussichtlich erweisen sich Strukturanalysen weder als Wunderwaffe für eine rationale Strukturpolitik im Rahmen einer marktwirtschaftlich orientierten Ordnung noch – wie naive Systemüberwinder hoffen – als Systemsprengsatz. Würde es mittels Strukturanalysen wenigstens manchmal gelingen, die wirtschafts- und strukturpolitischen Entscheidungen in etwas stärkerem Maße transparent, rational und ordnungskonform zu machen, so wäre das schon ein Erfolg im Sinne systemverbessernder Politik.

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

Schriftenreihe zur Bankbetriebslehre und Finanzierung

Herausgegeben von Otfried Fischer und Johannes Feske

Band 10 Thomas Bscher

BEWERTUNG UND AUSWEIS VON DEWISENGESCHÄFTEN IN DER HANDELSBILANZ EINER AKTIENBANK

Abweichungen vom Imparitätsprinzip, dem Grundsatz der Einzelbewertung und vom Saldierungsverbot bei der Bilanzierung von Devisengeschäften sind für eine am internationalen Devisenhandel teilnehmende Bank kaum vermeidbar. Ursachen und Rechtfertigungsgründe dafür, aber auch Möglichkeiten einer den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung entsprechenden Bilanzierung für Devisengeschäfte werden in der vorliegenden Studie detailliert dargestellt. Dabei werden Abläufe im Devisenhandel der Banken, die mit diesen Geschäften verbundenen Risiken und ihre Behandlung in der bankbetrieblichen Buchhaltung untersucht. Insofern ist das Buch auch geeignet, dem Leser einen Überblick über viele mit dem Devisenhandel der Banken generell zusammenhängende Fragen zu geben.

Großoktav, 215 Seiten, 1980, Preis brosch. DM 45,—

ISBN 3-87895-196-5

V E R L A G W E L T A R C H I V G M B H - H A M B U R G